

Antrag

der Abgeordneten Hartmut Ebbing, Katja Suding, Grigorios Aggelidis, Renata Alt, Nicole Bauer, Jens Beeck, Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar), Mario Brandenburg (Südpfalz), Dr. Marco Buschmann, Britta Katharina Dassler, Dr. Marcus Faber, Thomas Hacker, Peter Heidt, Katrin Helling-Plahr, Torsten Herbst, Reinhard Houben, Ulla Ihnen, Olaf in der Beek, Gyde Jensen, Dr. Marcel Klinge, Pascal Kober, Carina Konrad, Konstantin Kuhle, Alexander Graf Lambsdorff, Dr. Martin Neumann, Matthias Seestern-Pauly, Frank Sitta, Michael Theurer, Stephan Thomae, Nicole Westig und der Fraktion der FDP

Grundsteinlegung des Museums des 20. Jahrhunderts stoppen – Masterplan für gesamtes Kulturforum neu denken

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Das Kulturforum, zwischen Landwehrkanal und Potsdamer Platz im Zentrum Berlins gelegen, wird seit langem als Negativbeispiel modernistischen Städtebaus bezeichnet. Trotz architektonisch herausragender Bauten, wie der Philharmonie von Hans Scharoun oder der Neuen Nationalgalerie von Mies van der Rohe, hat sich ein integratives, miteinander harmonisierendes und identitätsstiftendes Ortsbild nie eingestellt. Im November 2014 entschied sich der Deutsche Bundestag, der Stiftung Preußischer Kulturbesitz 200 Millionen Euro für einen Erweiterungsbau der Neuen Nationalgalerie für die Kunst des 20. Jahrhunderts zur Verfügung zu stellen. In einem zweistufigen Wettbewerbsverfahren entschied sich das hierfür eingerichtete Preisgericht im Oktober 2016 für den Entwurf des Baseler Architekturbüros Herzog & de Meuron.

Im September 2019 verkündete die Staatsministerin für Kultur und Medien, Monika Grütters, aus deren Haushalt die Finanzierung des Projekts bestritten wird, dass die bereits bewilligten Mittel in Höhe von 200 Millionen Euro nicht ansatzweise ausreichen würden. Die Bundesregierung teilte mit, dass „unter anderem die Grundfläche des Gebäudes um rund 15 Prozent verkleinert werden musste, um den Abstand zur St. Matthäus-Kirche und zum Naturdenkmal Platane zu vergrößern. Um die benötigten Flächen unterbringen zu können, muss daher mehr in die Tiefe gebaut werden“. (www.bundesregierung.de/breg-de/bundesregierung/staatsministerin-fuer-kultur-und-medien/aktuelles/termin-und-kostenplan-fuer-museum-der-moderne-steht-kultur-staatsministerin-gruetters-riesenchance-fuer-die-kunst-des-20-jahrhunderts-in-deutschland--1671496). Grütters forderte aus diesen Gründen eine Erhöhung der Mittel auf nunmehr 450,2 Millionen Euro. Davon entfallen 364,2 Millionen Euro auf Bau-

kosten, 52,2 Millionen Euro auf prognostizierte Baupreisindexsteigerungen und weitere 33,8 Millionen Euro auf prognostizierte Risikokosten (ibid.). Auch wenn es sich um einen spannenden und intelligenten Entwurf handelt, nehmen die Kosten abenteuerliche Ausmaße an, die durch nichts zu rechtfertigen sind.

Neben dieser enormen Kostensteigerung löst der überarbeitete Entwurf der Architekten Herzog & de Meuron vielleicht die Probleme der Neuen Nationalgalerie, nicht aber die Grundprobleme des Kulturforums. Der Plan der Schweizer Architekten sieht weder einen zentralen Eingang für das gesamte Kulturforum vor, noch führt er zu einer entscheidenden, dringend benötigten Verbesserung der verkehrstechnischen Anbindung an den Potsdamer Platz. Auch die Piazzetta im Zentrum des Kulturforums hat sich nicht bewährt und muss überdacht werden. Die Zerstückelung des Kulturforums bleibt weiterhin bestehen. Darüber hinaus gibt der Entwurf auch keinerlei Antworten auf die gravierenden strukturellen Probleme der Bestandsbauten am Kulturforum. Der Neubau wird zum Beispiel die desaströse Depotsituation der zahlreichen Einrichtungen nicht im Ansatz lösen. Ganz im Gegenteil, die enorme Steigerung der Kosten für den Neubau wird dazu führen, dass dieses Geld an anderen, viel dringender benötigten Stellen des Kulturforums unweigerlich fehlen wird.

Ein Erweiterungsbau für die Neue Nationalgalerie ist wichtig. Aber dieser Neubau muss mit deutlich geringeren Mitteln auskommen können und mit einer umfänglichen Neugestaltung des Kulturforums einhergehen. Wie oft von Regierungsseite behauptet sträuben sich auch die Sammler, deren Sammlungen für das Museum vorgesehen sind, nicht gegen eine Neubewertung der Situation und eine damit einhergehende Verschiebung der Grundsteinlegung. „Die Stiftung Sammlung Marx ist jederzeit bereit, in abermalige Verhandlungen mit der Bundesregierung und der Stiftung Preußischer Kulturbesitz einzutreten.“ (Maak, Niklas: Keine Eile, Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 22.09.2019, S. 41). Noch deutlicher äußerte sich der Sammler Egidio Marzona, der fordert, man müsse sich die Zeit nehmen und den Entwurf überdenken (ibid.).

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. den geplanten Baubeginn des Museums der Moderne zu verschieben, bis ein schlüssiges Gesamtkonzept für die Zukunft des Kulturforums vorliegt;
2. gemeinsam mit dem Land Berlin eine Kommission, gegebenenfalls unter der Führung des derzeit beauftragten Architekturbüros Herzog & de Meuron, einzusetzen, um einen Masterplan für das gesamte Ensemble des Kulturforums – analog dem Masterplan Museumsinsel „Projektion Zukunft“ aus dem Jahre 1999 – zu erarbeiten, um neben dem tatsächlichen Bedarf an Ausstellungsflächen, Depots, Forschungsräumen, Werkstätten, Gebäudetechnik sowie Besucherzentren auch die städtebaulichen Besonderheiten und Notwendigkeiten dieses Bauensembles intensiver zu eruieren;
3. diese Kommission damit zu beauftragen, einen zentralen Eingang für die verschiedenen Einrichtungen des Kulturforums zu entwerfen, um damit nicht nur für eine verbesserte Zugänglich- und Wirtschaftlichkeit, sondern gleichzeitig für ein zeitgemäßes Wegeleitsystem zu sorgen;
4. gemeinsam mit dem Land Berlin ein Gutachten in Auftrag zu geben, welches die Kosten und Durchführbarkeit einer Untertunnelung der Potsdamer Straße – zwischen Landwehrkanal und Potsdamer Platz – oder andere verkehrstechnische Alternativen, wie z. B. die oberirdische Verlegung der Potsdamer Straße, prüft und Konzepte erarbeitet, deren Ziel es ist das Kulturforum als verkehrs- und lärmberuhigtes kulturelles Begegnungszentrum im Herzen Berlins zu etablieren;

5. gemeinsam mit dem Land Berlin Konzepte zu entwickeln, um eine stärkere und verbesserte Anbindung an den öffentlichen Personennahverkehr zu gewährleisten.

Berlin, den 17. Oktober 2019

Christian Lindner und Fraktion

